

und des Buchhalters scheiterte das geplante Verbrechen.

Die demokratische Wachsamkeit erhält dem Volke große Vermögenswerte, und sie trägt letzten Endes dazu bei, daß unsere Pläne sicher erfüllt werden können.

Wir erkennen weiter an, daß die Regierung der Republik nach unserer Verfassung Artikel 29, Abs. 2, wo es heißt: „Bei der Besteuerung ist auf erarbeitetes Vermögen und Einkommen besondere Rücksicht zu nehmen“, bestrebt ist, die persönliche Leistung der Werktätigen und besonders der schaffenden Intelligenz zu fördern.

Das findet besonders seinen Ausdruck in den Bestimmungen über die Familienfreibeträge, die durch die Steuerreformverordnung der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission, die von der Regierung übernommen wurde, einen weiteren Fortschritt bedeuten. Durch die Pauschalbesteuerung des Leistungslohnes, soweit er die Norm überschreitet, und durch die Bestimmungen über die Besteuerung der Prämien sowie der Nebeneinkünfte aus Schriftsteller-, Forschungs- und Lehrtätigkeit sind Mehrleistungen in weiterem Umfange steuerlich begünstigt worden.

Wir sind weiter der Meinung, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität und ebenso die Selbstkostensenkung für die Finanzpolitik unseres Staates von entscheidender Bedeutung sind. Wir wissen, daß, je größer die Arbeitsproduktivität ist, um so größer der Fonds ist, aus dem Steuern geschöpft werden können, die wiederum letzten Endes in unserem Staate für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke ihre Verwendung Anden.

Ganz besonders nehmen wir davon Kenntnis, daß die Kosten für Reparationen und für die Besatzungsmacht, verglichen mit dem Jahre 1949, bedeutend gesenkt sind. So betragen beispielsweise die Reparationen im Jahre 1949 noch 17% unserer Bruttoproduktion, und im Jahre 1950 betragen dieselben nur noch 9%. Und wenn die Besatzungskosten 1949 noch 8% der Bruttoproduktion ausmachten, sinken sie im Jahre 1950 — wiederum gemessen an der Bruttoproduktion — auf 4%. Das Gegenteil ist in der westdeutschen Bundesrepublik zu verzeichnen. Dort steigen die Besatzungskosten von Jahr zu Jahr. So betragen sie beispielsweise für Nordrhein-Westfalen im Etat von 1948/49 40 und 45% des Gesamtsteueraufkommens und in Niedersachsen für denselben Zeitabschnitt 44%, in den Ländern Württemberg-Hohenzollern, Südbaden und Rheinland-Pfalz im Durchschnitt sogar 60% des Gesamtsteueraufkommens.

Wie fortschrittlich war doch damals der Standpunkt der sowjetischen Regierung auf den ersten Konferenzen der Außenminister, wo diese die Meinung vertrat, man solle die wirtschaftliche Kapazität Deutschlands erweitern, dann wäre es dem deutschen Volk ein leichtes, seinen Verpflichtungen an Reparationen und Besatzungskosten gemäß dem Abkommen von Potsdam nachzukommen. Außerdem wäre es zugleich möglich, den Lebensstandard des deutschen Volkes in bedeutendem Maße zu erhöhen.

So aber führt die Politik der imperialistischen Mächte im Westen zur Ausplünderung des deutschen Volkes, und nimmt man die Demontagen sowie die Auswirkungen des Marshall-Planes noch hinzu, so sind die Folge Not und Elend für breiteste Kreise Westdeutschlands.

Ein immer größer werdender Aktivposten in unserer Volkswirtschaft wird im Laufe der Entwicklung unser Volkseigentum. Durch die Schaffung von Finanzplänen für die volkseigenen Betriebe werden diese mit dem staatlichen Haushalt aufs engste verbunden.

Damit wird die Rentabilität jedes volkseigenen Be-

triebes zu einer wichtigen Frage für die Stärkung des Staatshaushaltes. Die Gewinne der volkseigenen Wirtschaft und die ständig steigenden Körperschaftsteuern dieser Betriebe hießen dem Haushalt zu, und die Folge wird sein, daß in der weiteren Entwicklung der Anteil der werktätigen Bevölkerung am Steueraufkommen vermindert werden kann und andererseits die Ausgaben des Staates für soziale und kulturelle Zwecke im Interesse der Werktätigen steigen.

Im Jahre 1950 werden sich die Körperschaftsteuer und die Nettogewinne der volkseigenen Industrie gegenüber dem Jahre 1949 verfünffachen, und damit steigt gemessen an den Gesamteinnahmen das Aufkommen an Körperschaftsteuer und Nettogewinnen der volkseigenen Betriebe von 1,6 auf 6,1%.

Als Vertreter der Massenorganisationen begrüßen wir ganz besonders die im Haushaltsplan vorgesehenen großen Mittel für das Wohnungsbauprogramm, die sich gegenüber dem Jahre 1949 fast verdoppeln, sowie die großen Beträge, die für kulturelle Zwecke bereitgestellt werden.

Ganz besonders aber erklären wir uns mit dem Teil des Planes einverstanden, der die Förderung der Jugend behandelt und dabei ein großes Gewicht auf die Schaffung von neuen Lehrplätzen und Berufsschulen, aber auch auf die Errichtung und den Ausbau von Lehrbüchereien, Jugendheimen, Jugendherbergen und Sportplätzen legt. Wir wissen, daß es eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, unsere Jugend im fortschrittlichen, demokratischen Sinne zu erziehen und ihr alle Möglichkeiten zu geben, sich beruflich auszubilden und zu qualifizieren, und wir dürfen aussprechen, daß uns die Jugend dabei versteht und weitaus entgegenkommt, denn es ist eine Tatsache, daß die Jugend an der Spitze der Aktivistebewegung steht und auch in der Frage der Qualitätsarbeit in unserer volkseigenen Industrie große Initiative entwickelt.

Besonders wichtig für die vorfristige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und ebenso unseres Haushaltsplanes 1950 ist die Mitarbeit der breitesten Volksmassen. Wir sind der Meinung, daß alle demokratischen Organisationen und besonders auch alle Ausschüsse der Nationalen Front eine breiteste Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der vorfristigen Erfüllung der Pläne in den kommenden Wochen und Monaten leisten sollten. Besonders müßte dabei herausgestellt werden, daß der Haushaltsplan im laufenden Jahre für unsere Republik und ebenso für die Länder und Gemeinden ein wesentlicher Bestandteil unseres Volkswirtschaftsplanes ist. Dabei wird von größter Bedeutung sein, daß die Industriegewerkschaften verstehen, in den Betrieben die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten, und daß keine Produktionsberatungen und Produktionsbesprechungen stattfinden sollten, wo nicht die Fragen der Einsparung der Lohnsumme, der Selbstkostensenkung im Zusammenhang mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität behandelt werden.

(Sehr richtig!)

Es ist schon so, wie Herr Finanzminister Dr. Loch im Haushaltsausschuß erklärte, daß bei seiner Anwesenheit in Moskau anläßlich des Geburtstages des Generalissimus Stalin maßgebliche Kreise den ausgeglichenen Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik als den stärksten Schlüssel zur schnellsten Erschließung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten bezeichneten, im Gegensatz zu der Entwicklung in Westdeutschland, wo, hervorgerufen durch den Marshall-Plan und durch die hohe Auslandsverschuldung, ein Verstopfen der eigenen Hilfsquellen zu verzeichnen ist. Das bedeutet ein Verhängnis für die westdeutsche Selbständigkeit.

Die Aufgabe, die wir uns im Jahre 1950 gestellt haben, ist groß; aber es lohnt sich, darum zu kämpfen.